

**Protokoll**

Sitzung des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“  
der Deputation für Kinder und Bildung

13.02.2019 09:15 – 12:15 Uhr

Raum 120, Senatorin für Kinder und Bildung, Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

---

**TeilnehmerInnen:**

Siehe Anwesenheitsliste

---

**Tagesordnung:**

TOP 1	Beschluss der Tagesordnung
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 14.11.2018
TOP 3	Planung KGJ 18/19: Sachstand Kapazitätsausbau und Sachstand Kinder in zentraler Vermittlung
TOP 4	Änderung des BremKTG zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung und Beitragsfreiheit
TOP 5	Fortführung des Modellversuchs „Praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung (PiA)“
TOP 6	Projektsachstände <ul style="list-style-type: none"><li>- A. Zentralisierung Elternbeiträge</li><li>- B. Online Anmeldeverfahren</li><li>- C. Runder Tisch Kitaqualität / Gute-KiTa-Gesetz</li></ul>
TOP 7	Verschiedenes

## **Außerhalb der Tagesordnung**

Die Vorsitzende Frau MdBB Krümpfer begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

## **TOP 1 Beschluss der Tagesordnung**

Die Vorsitzende regt an, dass der kurzfristig versendete Antrag zur Kindertagespflege der Fraktion DIE LINKE in der kommenden regulären Sitzung des Unterausschusses debattiert werden solle. Der Vorschlag wird von allen Deputierten begrüßt.

Die Fraktion der CDU kündigt an, unter Verschiedenes ein Urteil des OVG hinsichtlich Vergütung von Tagespflegepersonen debattieren zu wollen.

## **TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 14.11.2018**

Das Protokoll der Sitzung vom 14.11.2018 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 3 Planung KGJ 18/19: Sachstand Kapazitätsausbau und Sachstand Kinder in zentraler Vermittlung**

Frau Biermann führt in die Vorlage ein und erläutert, dass 898 (432 im Bereich u3 und 466 im Bereich ü3) Vermittlungsverfahren abgeschlossen werden konnten.

Bei 562 Kindern (264 u3 und 298 ü3) ist das Vermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Auf die Frage, ob alle dargestellten Projekte im zeitlichen Plan verlaufen und was die Gründe für Verzögerungen seien, antwortet Herr Staatsrat Pietrzok, dass die Verwaltung die Projekte sehr eng begleiten würde und die angegebenen Fertigstellungstermine nach heutigem Stand eingehalten werden können. Die Gründe für Projektverzögerungen sind sehr vielseitig und immer individuell. Als Beispiele werden unvorhergesehene Ereignisse während der Baumaßnahme, aber

auch Verzögerungen bei Bauanträgen oder Brandschutzkonzepten genannt. Herr Neumann führt weiter aus, dass innerhalb eines Genehmigungsverfahrens nicht ausgeschlossen werden könne, dass Projekte aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen nicht realisiert werden können; dies sei allerdings sehr selten.

Herr Staatsrat Pietrzok erklärt, dass derzeit keine validen Aussagen über die Anmeldesituation in den Stadtteilen getroffen werden können, da dafür die Ergebnisse des Statusberichtes I abgewartet werden müssen. In diesem Zusammenhang weist Frau Biermann darauf hin, dass auch im Status I zahlreiche Doppelanmeldungen nicht ausgeschlossen werden könne.

Herr Neumann erläutert, dass die Abgabe des Status I der Träger sich um ca. eine Woche verzögern wird, da derzeit ID-Nummern von Kindern kontrolliert, ggf. erstellt und an die Träger herausgegeben werden müssen.

Die CDU-Fraktion befürchtet, dass in Stadtteilen mit aufholender Entwicklung, ein Nachfrageüberhang im kommenden Kindergartenjahr vorliegen werde und bittet um einen Bericht in der nächsten Sitzung hinsichtlich kurzfristiger Ausbauoptionen sowie über den Umgang mit Kindern ohne Kitaplatz, die sich ein Jahr vor der Einschulung befinden.

Die Fraktion DIE LINKE bittet um Übermittlung der StaLa-Daten sowie um einen Elternbrief hinsichtlich der Erklärung nach Wunsch nach zentraler Vermittlung durch die Verwaltung. Außerdem wird um einen Bericht über den Umgang mit Grundstücken, die sich nicht in A-Lagen befinden, gebeten.

Herr Staatsrat Pietrzok erklärt, dass die Verwaltung insbesondere in Stadtteilen mit aufholender Entwicklung wie z.B. Hemelingen mit den Akteuren Vorort im intensiven Kontakt stehe und an kreativen Lösungen gearbeitet werde.

Teilnehmer/innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Frau Krümpfer, Frau Bergmann, Herr Dr. Güldner, Herr Weigelt, Herr Staatsrat Pietrzok, Herr Neumann, Frau Biermann, Frau Blumenhagen, Herr Dr. Schlepper

## **TOP 4 Änderung des BremKTG zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung und Beitragsfreiheit**

Auf die Nachfrage nach der Beteiligung von Kindertagespflegepersonen bei der Änderung des BremKTG weist Frau Blumenhagen darauf hin, dass PiB als Dachorganisation einbezogen wurde.. Aufgrund des Zuzahlungsverbotes ist eine Umsetzung der neuen gesetzlichen Grundlage zum 01.08.2019 aus finanziellen Gründen für die Tagespflegepersonen schwierig. Frau Blumenhagen führt aus, dass aufgrund von Standardisierung und Vergleichsmöglichkeiten für Eltern der Zusatzbeitrag im geänderten Gesetz ausdrücklich untersagt wird. Es wird vorgeschlagen, dass das Inkrafttreten der Änderungen für Tagespflegepersonen um ein Jahr verschoben wird. Diese Zeit soll zur Überprüfung der Höhe der Geldleistung genutzt werden.

Herr Müller erläutert aufgrund einer Nachfrage hinsichtlich der Deutung des §20 BremKTG, dass in einem Landesgesetz nicht alle Sachverhalte kleinteilig niedergeschrieben werden können und verweist auf die Gesetzesbegründung.

Frau Blumenhagen erklärt, dass die Eltern schriftlich über die Beitragsfreiheit bzw. Beitragsfestsetzung von der Verwaltung informiert werden. Ziel müsse es sein alle Eltern zum 01.08.2019 gut zu informieren.

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung ändert den Beschlussvorschlag wie folgt:

Der Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) zur Umsetzung der Beitragsfreiheit in Kitas im Land Bremen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr und zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und empfiehlt der Deputation für Kinder und Bildung Zustimmung mit der Bitte, die Inkraftsetzungsklausel für Tagespflegepersonen auf den 01.08.2020 zu ändern.

Die Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung beschließt wie folgt:

Zustimmung: 2x Fraktion der SPD, 1x Fraktion B90/Grüne, 1x Fraktion der CDU, 1x Fraktion der FDP (Beratende Stimme) und

Enthaltung: 1x Fraktion die LINKE (Beratende Stimme)

Ablehnung: Keiner

### **TOP 5 Fortführung des Modellversuchs „Praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung (PiA)“**

Herr Staatsrat Pietrzok erläutert, dass in der Pressemitteilung von 100 zusätzlichen PiA-Plätzen berichtet worden sei, tatsächlich handele es sich aber um zwei Klassenverbände mit jeweils 25 Plätzen (in der Summe 50). Die Kosten für einen PiA-Ausbildungsplatz belaufen sich für drei Ausbildungsjahre auf insgesamt ca. 50.000 EUR.

Auf die Nachfrage nach der Implementierung von PiA in Bremerhaven erläutert Herr Staatsrat Pietrzok, dass man sich in Abstimmungsgesprächen mit dem Magistrat befände. Im ersten Schritt solle mit einem Modellversuch begonnen werden, bevor die betreffende Verordnung geändert werden könne.

Auf die Forderung, dass PiA-Absolventen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden dürfen, stellt Frau Priester klar, dass PiA-Absolventen in allen Bundesländern auf den Personalschlüssel angerechnet würden.

Herr Dr. Schlepper lobt das Ausbildungsmodell ausdrücklich. Die PiA-Absolventen sollen seiner Meinung nach, nach Lehrjahren gestaffelt, auf den Personalschlüssel angerechnet werden. In welchem Umfang müsse noch erörtert werden.

Auf den Hinweis der Deputierten von zu engen Beschlussvorschlägen in der anhängenden Senatsvorlage erwidert Herr Staatsrat Pietrzok, dass er hier keinen Änderungsbedarf sieht. Aus seiner Sicht ist der Beschlussvorschlag eindeutig und zielführend.

Die Fraktion DIE LINKE regt an, in der nächsten Legislaturperiode eine gemeinsame Sitzung der Unterausschüsse Frühkindliche Bildung und Berufliche Bildung zum Thema PiA, durchzuführen.

Teilnehmer/innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Frau Krümpfer, Herr Dr. Güldner, Herr Staatsrat Pietrzok, Frau Blumenhagen, Frau Priester, Herr Dr. Schlepper

## **TOP 6 Projektsachstände**

### **A. Zentralisierung Elternbeiträge**

Herr Staatsrat Pietrzok erläutert, dass durch einen gemeinsamen Kraftakt der Verwaltung sowie der Träger die Zentralisierung der Elternbeiträge zeitnah starten könne. Die Einrichtungsleitungen würden durch die Zentralisierung der Elternbeiträge, deutlich entlastet werden und können sich mehr auf ihre Leitungsfunktion konzentrieren. Im zweiten Schritt sollen auch Elternvereine im Rahmen der neuen Finanzierungssystematik mitgedacht werden. Auf die Frage nach einer Zeitschiene wird auf die kommende Legislaturperiode verwiesen.

Die Fraktion B90 / Grüne bittet die Verwaltung, unbürokratische Übergangslösungen in Bezug auf die Beitragsfestsetzung durch die Elternvereine zu prüfen und in der nächsten Sitzung des Unterausschusses nach Möglichkeit zu berichten.

Teilnehmer/innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Frau Krümpfer, Frau Bergmann, Herr Dr. Güldner, Herr Staatsrat Pietrzok, Frau Blumenhagen, Herr Scholz, Frau Helms, Herr Förster

### **B. Online Anmeldeverfahren**

- Keine Wortmeldungen -

### **C. Runder Tisch Kitaqualität / Gute-KiTa-Gesetz**

- Keine Wortmeldungen -

## **TOP 7 Verschiedenes**

Die Fraktion der CDU spricht ein Urteil des OVG Bremen an, das sich mit der Bezahlung von Kindertagespflegepersonen befasst, und bittet um Übersendung der Urteilsbegründung. In einer der nächsten Sitzungen soll das Urteil mit seinen Auswirkungen debattiert werden.

gez. Albrecht

**Anlage**

Anwesenheitsliste